

KOMMENTAR  
WERNER  
KOLHOFF



## Wo Gysi recht hat

Deutsche Patriots an der syrischen Grenze

Gregor Gysi hat am Dienstag einen Brief an die anderen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag geschrieben und bisher nur ausweichende Antworten bekommen. Er fordert eine Sondersitzung des Bundestages für den Fall, dass Barack Obama am nächsten Montag im Kongress grünes Licht für einen Strafantrag auf das Assad-Regime in Syrien bekommt. Und damit hat er recht.

In der Türkei stehen an der Grenze zu Syrien deutsche Luftabwehrraketen vom Typ Patriot, samt deutscher Bedienungsmannschaft. Als der Bundestag den Einsatz Ende vergangenen Jahres beschloss, hieß es ausdrücklich, dass die Stationierung rein defensiver Natur sei, für den Fall, dass die Türkei von Syrien angegriffen werde. Eine selbstverständliche Bündnisverpflichtung also. Und Angela Merkel versprach, dass es strikt dabei bleibe.

Nur: Was ist, wenn die Türkei

zuvor im Verein mit den Amerikanern und vielleicht den Franzosen ihrerseits zuerst schießt, um den feigen Giftgasangriff Assads auf die eigene Bevölkerung zu rächen? Ankara hat das erklärtermaßen vor. Dann ist das eine neue Lage und ein Fall für den Bundestag.

Gysis Forderung, in diesem Fall die Patriots sofort wieder abzuziehen, ist allerdings falsch. Selbst wenn man einen Angriff auf Damaskus nicht richtig findet: Dass Deutschland bewusst einen Schutzschild über der türkischen Bevölkerung wieder abgebaut, wenn er wirklich gebraucht wird, wäre perfide. Und auch feige. Deutschland kann sich nicht raushalten. Es wird im Falle eines US-türkisch-französischen Angriffs Kriegspartei, allerdings eine passive. Aber darüber muss zuvor der Bundestag offen diskutieren und entscheiden. So ungelegen das Thema den Wahlkämpfern auch kommt.

politik@lr-online.de



Undichte Wassertanks - in Fukushima ist die Gefahr noch lange nicht gebannt.

Foto: dpa

## Gefährliche Flickschusterei in Fukushima

Wie Japans Regierung nach dem Atomunfall nun doch handeln will

Der Atombetreiber Tepco bekommt die Unmengen verstrahlten Wassers in der Atomruine Fukushima nicht in den Griff. Die Regierung will nun eingreifen. Doch ob es gelingt, die Krise zu bewältigen, ist fraglich.

Von Lars Nicolaysen

Tokio. Kaum ein Tag verstreicht, an dem nicht neue Hiobsbotschaften über die Lage in der Atomruine von Fukushima um die Welt gehen. Dabei hatte der frühere Ministerpräsident Yoshihiko Noda das zerstörte Atomkraftwerk schon vor vielen Monaten für „kalt abgeschaltet“ erklärt – es sei also unter Kontrolle. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, wie die Lecks an Tanks für die gigantischen Mengen verseuchten Wassers zeigen.

Der Leiter der Atomaufsicht NRA, Shunichi Tanaka, räumte ein, dass die Lage „instabil“ sei. Jetzt, zweieinhalb Jahre nach Beginn der Katastrophe, verkündete Ministerpräsident Shinzo Abe, seine Regierung werde eingreifen. Dass sich der Atombefürworter nun als Retter in der Not gibt, kommt für Kritiker nicht überraschend. Schließlich fällt an diesem Wochenende in Buenos Aires die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) über die Vergabe der Spiele 2020. Tokio, bisher als Favorit gehandelt, befürchtet, dass das Desaster in Fukushima die Chancen Tokios verringern könnte. Abe will daher Ent-

schlossenheit und zügiges Handeln demonstrieren, damit sich niemand Sorgen machen muss.

Dabei sind viele der Probleme schon seit Langem bekannt. Bereits vor zwei Jahren hatten Experten vor den immer größeren Wassermengen gewarnt. Hätte der Betreiber Tepco sie ernst genommen, sagen Kritiker, wäre das Problem heute nicht so gewaltig. NRA-Chef Tanaka warf Tepco kürzlich einen Mangel an Krisenbewusstsein vor. Doch die Regierung ließ Tepco machen.

Jeden Tag versuchen im Schnitt 3000 Arbeiter in Fukushima, die geschmolzenen Brennstäbe in den Reaktoren mit Wasser zu kühlen, das dabei radioaktiv verseucht wird. Doch dringen zusätzlich tagtäglich rund 400 Tonnen Grundwasser in die undichten Reaktorgebäude ein und vermischen sich mit dem verstrahlten Wasser. Wohin damit? Tepco hat Hunderte Tanks aufgebaut, viele sind in Eile einfach aus Stahlplatten zusammengeschraubt worden. Aus einem von ihnen sickerten 300 Tonnen verstrahltes Wasser heraus, weitere Lecks drohen. All diese Maßnahmen sind nichts weiter als Flickschusterei, so Kritiker.

Auch der Plan der Regierung, jetzt mit Hunderten von Millionen an Steuergeldern einen gefrorenen Schutzwall im Erdreich um die Reaktoren zu errichten, um den Zufluss von Grundwasser zu bremsen, sehen sie als weiteres störanfälliges Provisorium an. Abgesehen von den hohen Bau-

kosten würde ein solcher Schutzwall nicht nur enorm viel Strom verschlingen. Was, wenn es zu Stromausfällen kommt? Ende März hatte eine Ratte einen Kurzschluss ausgelöst und die Kühlsysteme von Abklingbecken lahmgelegt. Und wie lange soll der Wall halten?

Bleibt zudem die Frage, was mit den Hunderttausenden von Tonnen an verseuchtem Wasser in den Tanks geschehen soll. Aus Sicht von Experten wird Japan am Ende wohl nichts anderes übrig bleiben, als das Wasser nach Senkung der Strahlung unter die Grenzwerte ins Meer abzulassen. Dagegen wehren sich jedoch die Fischer der Region. Sie haben weiterhin die Hoffnung, vor der Atomruine eines Tages wieder verzehrbare Fische fangen zu können. Wann und ob das eines Tages wieder möglich sein wird, ist völlig unklar.

Derweil lässt die Regierung ganze Landstriche mit Unsummen dekontaminieren, damit die geflohenen Bürger wieder in ihre Häuser zurückkehren. Zwar sinkt dadurch die Strahlung, doch schwemmt Regen neue Radioaktivität aus den Bergwäldern wieder heran. Zudem weiß niemand, wohin mit den Bergen an radioaktiv verseuchtem Abraum. Doch die Regierung versucht, den Eindruck von Normalität zu erwecken. Schließlich will Abe so bald wie möglich einige der 49 heruntergefahrenen Reaktoren im Lande wieder anschalten – und Olympia nach Japan holen. dpa

Zur Person



Oskar Schlemmer

## Der verschwundene Künstler

Bedeutender Vertreter der Klassischen Moderne, vielseitiger Erneuerer der Kunst, Bauhaus-Star – das sind die Stichwörter, die einem beim Namen Oskar Schlemmer (1888-1943) in den Sinn kommen sollten. In den vergangenen Jahrzehnten überdeckten jedoch eine schwierige Rechtslage um den Nachlass sowie bizarre juristische Scharmützel seiner Erben alles.

Doch 2014 darf die Stuttgarter Staatsgalerie das machen, was zuletzt unmöglich war: Heute vor 125 Jahren wurde Oskar Schlemmer in Stuttgart geboren. Und im Jahr nach dem 70. Todestag erlöschen Urheberrechte – der Weg für eine Retrospektive ist frei.

Oskar Schlemmer gilt als einer der vielseitigsten Künstler des 20. Jahrhunderts, seine Werke erzielten bei Auktionen von Doyle oder Sotheby's Millionensummen. Er arbeitete nicht nur als Maler und Bildhauer, sondern auch als Bühnengestalter und Choreograf.

4. September 1888: Oskar Schlemmer ist das jüngste von sechs Geschwistern, sein Vater ist Kaufmann und Komödiendichter. Nach dem frühen Tod seiner Eltern wächst er bei seinen Schwestern auf. Aus finanziellen Gründen verlässt er mit 15 Jahren die Schule, macht eine Lehre in einer Intarsienwerkstatt. 1906 wird er an der Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart aufgenommen und ist seit 1912 Meisterschüler von Adolf Hölzel (1853-1934). Der Architekt Walter Gropius (1883-1969) ruft ihn 1920 als Lehrer ans Bauhaus. Dort leitet Schlemmer die Werkstatt für Steinbildhauerei und Wandmalerei, gibt Unterricht im Aktzeichnen.

1922 wird Schlemmers „Triadisches Ballett“ in Stuttgart uraufgeführt, das heute als „getanzte Mathematik“ beschrieben wird. Schlemmer thematisiert in seinen Werken vor allem die Stellung der menschlichen Figur im Raum, dargestellt als eine typisierte Figurine. 1932 malt er „Die Bauhaustreppe“, die im Museum of Modern Art in New York hängt und Schlemmer weltweit bekannt machte.

Schlemmers erste große Werkshow in Stuttgart wird 1933 von den Nazis noch vor der Eröffnung geschlossen. Ein fruchtbares Künstlerleben endet abrupt. Er zieht sich nach Süddeutschland zurück und stirbt 1943. dpa/sm

Foto: Bauhausarchiv Berlin

### PRESESTIMMEN

Der anhaltende Konflikt in Syrien, ein Interview von Diktator Assad sowie die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft sind Kommentarthemen der europäischen Tageszeitungen.

„L'Éclair des Pyrénées“ (Frankreich): (..) François Hollande ist im Fall Syrien zu weit gegangen. Frankreich ist das einzige Land, das eine mögliche Aktion Washingtons gegen das syrische Regime noch unterstützt. Es kann nicht einmal sicher sein, ob der amerikanische Verbündete seine Absicht, Baschar-al-Assad zu bestrafen, auch umsetzen wird. (..)

„Le Figaro“ (Frankreich): Baschar al-Assad ist kein gewöhnlicher Diktator: Er ist ein erbarmungsloser Tyrann, der den Aufstand seines Volkes mit abscheulichen Mitteln im Blut ertränkt. Er ist auch der beste Verbündete des

Irans und der Hisbollah und wichtiges Teil der radikalen Achse, die das Gleichgewicht im Nahen Osten gefährdet. (..) Dürfen wir deshalb kein Interview mit ihm veröffentlichen? Ihn in der Presse zu Wort kommen zu lassen, bedeutet nicht, seine Handlungen zu billigen oder sie gutzuheißen. Sie tragen zum besseren Verständnis eines Dramas bei.

„La Stampa“ (Italien): (..) Was ist mit der Legitimität und Rechtmäßigkeit der eventuellen Angriffe, welche Rolle spielt das „Nein“ des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen? (..) Aber indem man diese Fragen ausdehnt, läuft man Gefahr, das Wesentliche aus dem Blick zu verlieren: Den Einsatz von Chemiewaffen gegen die unschuldige Bevölkerung. Nichts dagegen zu tun, bedeutet, es als Bagatelle hinzunehmen.

### Zitat des Tages

„Stifte und Bücher sind die Waffen, die Terrorismus besiegen.“

Malala Yousafzai (16) in ihrer neuen Heimat Birmingham bei der Eröffnung einer öffentlichen Bibliothek. Taliban-Schützen hatten Malala im Oktober in ihrer Heimat Pakistan angeschossen, weil sie sich für das Recht von Mädchen auf Schulbildung einsetzt.



## Politik-Rebellen demonstrieren unerwartete Einigkeit

Spitzenpolitiker diskutieren in Cottbuser Weltspiegel über die künftige Rolle Europas / Kritik an Rettungsschirmen und Brüssels Macht

Von Sven Hering

Cottbus. Als Politik-Rebellen wurden sie angekündigt. Eine Rolle, mit der sich Sahra Wagenknecht (Linke), Peter Gauweiler (CSU) und Wolfgang Neskovic (parteilos) längst arrangiert haben, wie sie am Montagabend im gut gefüllten Cottbuser Weltspiegel erklärten. Die LAUSITZER RUNDSCHAU sowie die Potsdamer Neuesten Nachrichten hatten die Spitzenpolitiker eingeladen. Moderiert von RUND-SCHAU-Korrespondent Johann Legner, ging es um Euro-Rettung, Bankenpleiten und das bayerische Grundgesetz.

Sahra Wagenknecht zeigte sich gewohnt angriffslustig. Sie sprach von „brutalen Bankenrettungsschirmen, von denen die Millionäre profitieren“. Die soziale Komponente in der Politik gerate immer mehr in den Hintergrund. In den vergangenen zehn, 15 Jahren habe Europa eine völlige Fehlentwicklung genom-



In vielen Punkten einig: Sahra Wagenknecht, Peter Gauweiler und Wolfgang Neskovic (v.l.) sowie Moderator Johann Legner. Foto: M. Helbig/mhl

men. Politik müsse künftig wieder im Interesse der Menschen gemacht werden. „Wir brauchen deshalb mehr Gegenwehr“, erklärte sie.

Die gab es an diesem Abend nicht. Stattdessen spendeten die Besucher immer wieder Beifall.

Selbst der streitbare CSU-Politiker Peter Gauweiler pflichtete ihr bei, lobte sogar mehrfach Wagenknechts neues Buch. Früher habe es in seiner Partei „Freiheit oder Sozialismus“ geheißt, erklärte Gauweiler. „Heute heißt es Freiheit oder Goldman Sachs.“ Der

Bayer warnte davor, dass künftig die Politik nur noch in Brüssel gemacht werde. „Es hat doch keinen Sinn, dass das Zentralkomitee in Moskau abgeschafft und in Brüssel wieder neu aufgebaut wird“, so Gauweiler. „Wir müssen die kleinen Einheiten stärken“, ergänzte Gauweiler und meinte damit den Politiker, der seinem Wähler im Wahlkreis noch Rechenschaft über seine Arbeit ablegen muss. Der CSU-Mann meinte aber auch den Familienunternehmer, der für die Arbeitsplätze Sorge.

Wolfgang Neskovic verfolgte mit seiner Argumentation einen ähnlichen Ansatz. Doch zuvor gab es von ihm ein Plädoyer für den Sozialstaat. „Mit Wegfall des Konkurrenzsystems hat der Turbokapitalismus noch einmal einen richtigen Lauf bekommen“, sagte er. Dabei sei gerade das Sozialstaatsprinzip wichtig, damit sich die Menschen auf Augenhöhe begegnen könnten, betonte er. Brüssel bekam allerdings auch

von Neskovic sein Fett weg. EU-Politiker würden immer mehr über die wichtigen Fragen entscheiden. Die Möglichkeit des Einzelnen, Einfluss zu nehmen, gehe drastisch zurück. Für die Demokratie sei das ein riesiger Verlust, sagte Neskovic, der sich anschließend noch als großer Fan des bayerischen Grundgesetzes zu erkennen gab und einige Passagen sogar zitierte. Sehr zur Freude des Publikums – und vor allem seines bayerischen Gesprächspartners, der neben ihm auf der Couch auf der Bühne des Weltspiegels saß.

Peter Gauweiler hatte sich schließlich für einen versöhnlichen Abschluss des Abends entschieden. „Wir haben derzeit den besten Staat, den die Deutschen je hatten, den müssen wir verteidigen“, sagte er. Dass es keine Widerworte seiner Mitstreiter auf dem Podium gab, mag daran gelegen haben, dass die Veranstaltung danach offiziell für beendet erklärt wurde.

## LAUSITZER RUNDSCHAU

Chefredakteur: JOHANNES M. FISCHER

Stellvertreter Chefredakteur: BENJAMIN MARX

Leitende Redakteurin:

Bettina Friedenberg (Desk-Chefin)

Die verantwortlichen Redakteure sind für ihren Bereich Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes.

Chefreporter: Simone Wendler

Korrespondent Berlin: Stefan Vetter

Korrespondent Potsdam: Benjamin Lasswite

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.

Geschäftsführer: ANDREAS HEINKELE

Medienhaus LAUSITZER RUNDSCHAU

Druck und Verlag: LR Medienverlag und Druckerei GmbH,

03050 Cottbus, Straße der Jugend 54;

Postfach 100 279, 03002 Cottbus.

Telefon: (0355) 4810. Internet: <http://www.lr-online.de>

Sparkasse Spre-Neiße Kto. Nr. 330 200 160 5, BLZ 180.500.00

Commerzbank AG Cottbus Kto. Nr. 150 901 6, BLZ 180.400.00

Erscheint täglich außer sonntags. Im Abonnementpreis ist wöchentlich das TV-Magazin „TV“ enthalten. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder Minderung des Bezugspreises. Abonnement-Abbestellungen können nur berüchtlicht werden, wenn sie schriftlich 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag vorliegen. Für den Bezug gelten die AGB des Verlages, die unter [www.lr-online.de](http://www.lr-online.de) abrufbar sind.

Anzeigen: Irina Juckenburg

Anzeigen nach Presbit Nr. 34 vom 1. Januar 2013.

Zeitungsverlag/Leaseservice: Nancy Klatt

Zustellung: LR Logistik GmbH

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil.

RUNDSCHAU direkt

Servicetelefon (0355) 481 555 Telefax (0355) 481 111